

PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, den 09.07.2015

Parkplatzdruck wächst weiter im Stadtteil Langenhorn/Ochsenzoll

Rot-Grüne Mehrheit im Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel lehnt Verkehrszählungsantrag der CDU Hamburg-Nord vom 06. Juli 2015 ab!

Seit Einführung von P&R-Gebühren ist die Nutzung von Parkhäusern und sonstigen kostenpflichtigen Flächen deutlich zurückgegangen. Stattdessen werden gebührenfreie P&R-Flächen im Umfeld der U-Bahnhöfe Langenhorn-Markt, Langenhorn-Nord und Kiwittdamm von „Dauerparkern“ aus Hamburg und dem Hamburger Umland stärker genutzt. Leidtragende sind die Anwohner/innen und Gewerbetreibende im nördlichsten Teil von Hamburg, denen Parkraum entzogen wird und Kundschaft fernbleibt. Die Situation wird in Zukunft zusätzlich verschärft durch die geplanten Flüchtlingsunterbringungen auf gebührenfreien und freistehenden P&R-Flächen in Hamburg-Nord.

U.a. auf den P&R-Flächen Kiwittdamm (max. 448 Plätze) und Langenhorn-Nord (max. 140 Plätze) ist eine temporäre Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen. Die Maßnahme erfolgt nach dem Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) zur Abwendung von Notlagen und Verhinderung von Obdachlosigkeit. Deshalb fordert die CDU Hamburg-Nord detaillierte Informationen, um die tatsächliche Auswirkung der „Dauerparker“ in Wohn- und Gewerbegebieten besser beurteilen zu können und Schwerpunkte setzen zu lassen, wo die Polizei regelmäßige Kontrollen durchführen sollte bzw. die zuständige Behörde der Freien und Hansestadt Hamburg tagsüber Parkplätze mit Parkscheibenregelung zur Bewirtschaftung der immer knapper werdenden Parkplätze einrichtet, um Dauerparker fern zu halten.

Dazu Nizar Müller, CDU-Bezirksabgeordneter für den Wahlkreis Langenhorn:

„Es ist ein Schlag ins Gesicht für die betroffenen Bürger, dass die Rot-Grüne Mehrheit unseren Antrag ablehnt und dies damit begründet, dass der Antrag zu früh kommen würde und nicht zielführend wäre! Fakt ist, dass eine Entlastung für die unmittelbar betroffenen Anwohner/innen und Gewerbetreibenden JETZT stattfinden muss. Deshalb sollte sich nicht nur die Kommunalpolitik mit dem Thema befassen, sondern auch der Rot-Grüne Senat zur Besinnung kommen und die eingeführten P&R-Nutzungsgebühren solange aussetzen, bis die Maßnahmen nach SOG beendet sind! Somit würde Rot-Grün die Bedürfnisse der Bürger/innen endlich ernstnehmen und diese nicht nur auf dem Rücken der Gesellschaft aussitzen!“

Für Rückfragen:

Fraktionsbüro: 040-465371

www.cdu-nord.de

